

Japanische Atompolitik – warum Japan auf AKW nicht verzichten kann

Friedenszentrum Braunschweig, im Altstadtrathaus am 6. Juli 2018

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Ihbe, sehr geehrte Frau Wegmann,
meine Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

es wurde am 7. Juli in der UNO-Vollversammlung in New York die NWC
(Nuclear Weapons Convention) verabschiedet.

Das ist der erste historische Schritt zur Ächtung von Atomwaffen. Besonders traurig finde ich als Japanerin, dass Japan auch nicht diese Konvention unterzeichnete. Damit verliert Japan aber als das einzige Land der Welt, über das zwei Atombomben abgeworfen wurden, die Glaubwürdigkeit bei den Atomwaffen-Gegnern.

Die Geschichte der Atompolitik Japans fing bald nach der Kapitulation im Zweiten Weltkrieg an. Der damalige japanische Premierminister Nobusuke Kishi, das ist der Großvater des amtierenden Premierministers Shinzo Abe, sagte bereits 1957; man sollte mit der Ächtung von Atomwaffen nicht übertreiben. Man müsse verstehen, wenn eine Nation Atomwaffen in nur notwendiger Menge zur Selbstverteidigung besitzen wolle. Das würde auch nicht gegen die japanische Verfassung verstoßen. Er sagte 1960 weiter, die japanische Verfassung ließe nicht zu, dass Japan Streitkräfte ins Ausland schickt, um andere Nationen zu verteidigen. Japan dürfe aber eine Militärbasis einer anderen Nation zur Verfügung stellen und in Zusammenarbeit mit dieser das eigene Land verteidigen. Das versteht man unter kollektiver Verteidigung.

Ein jüngerer Bruder von Kishi namens Eisaku Sato, der von 1964 bis 72 das Premierministeramt bekleidete, erklärte 1967 die sogenannten „drei Grundsätze für Atomwaffen“, was bedeutet, dass Japan Atomwaffen weder

besitzen, noch produzieren, noch ins Land holen will. Für diese Erklärung bekam er 1974 den Friedensnobelpreis.

Auch er sagte zu seinen Lebzeiten, Japan behält sich das wirtschaftliche und technologische Potential zur Herstellung von Atomwaffen vor. Es wurde ferner nach seinem Tod 1994 bekannt, dass es ein Geheimabkommen mit den USA gab, dass die USA im Rahmen des Sicherheitsvertrags mit Japan Atomwaffen auf Okinawa stationieren und damit Vergeltungsmaßnahmen ergreifen könnten, falls Japan von einer Drittation mit Atomwaffen angegriffen würde. Genau im Sinne seines großen Bruders Kishi. Man spricht von einem Atomaren Schirm. Der Hintergrund war ein gelungener Atomtest von China 1964.

Nach immerhin zwei Atombombenabwürfen war es für die japanische Regierung schwierig, das Abkommen dem Volk offen zu legen. Außerdem widersprach die japanische Friedensverfassung mit den drei Grundsätzen.

Übrigens, diese Verfassung wurde kurz nach der Kapitulation Japans im Februar 1946 von den USA für Japan entworfen und ins Japanische übersetzt. Damals war Japan von den USA besetzt. Japan akzeptierte diese übersetzte Verfassung und akzeptiert sie noch heute als eigene Verfassung. Man könnte sagen, dass Japan eine beispiellose „demokratische“ Nation ist, die die Verfassung nicht selbst schrieb.

Es kam Japan deswegen eigentlich sehr gelegen, als die USA Uran, das im Überfluss vorhanden war, einschließlich AKW-Anlagen Japan anboten. Darüber, dass bei der Stromerzeugung mit AKWs Plutonium erzeugt wird, das auch für Atombomben verwendet werden kann, wurde das Volk lange in Unwissenheit gelassen. Darin waren sich Politiker, Stromerzeuger, Wissenschaftler und Medien einig. Japan konnte in der Nachkriegszeit, in der

die Wirtschaft eine Blütezeit erlebte, nicht genug Strom produzieren. So lernte das Volk, dass Atombomben böse und Atomstrom gut sind. Als das Fukushima Desaster passierte, war das japanische Volk entsetzt. Nun erfuhr es, dass Atombomben und Atomstrom im Grunde beide ihren Ursprung in der Kernspaltung haben, bei der radioaktive Strahlung entsteht.

Der Oberbürgermeister der Stadt Hiroshima, Matsui, kommentierte am 6. August 2017, dass die Nuclear Weapons Convention die globale Absicht eines Atomwaffensperrvertrags und einer nuklearen Abrüstung stärke. Ferner würde er intensiver die Atommächte und die japanische Regierung auffordern, an dieser Konvention teilzunehmen. Auch dieses Jahr wird er am 6. August die ganze Welt auffordern, Atomwaffen zu ächten.

Aber was ist dann mit Atomkraftwerken? Darüber wird er auch dieses Jahr kein Wort verlieren. Auch nicht der Bürgermeister von Nagasaki.

1968 wurde ein Atomenergieabkommen zwischen Japan und den USA beschlossen und es bekam 1988 die noch heute geltende Form. Die offizielle Bezeichnung dieses Abkommens lautet; ein Abkommen zwischen Japan und den USA für die friedliche Nutzung von Atomenergie. Darin wurden die Lieferung und Aufbereitung von Nuklearmaterial und der Transfer von Atomkraftwerken mit entsprechender Technologie von den USA nach Japan geregelt.

Am Ende Juli 2018 läuft dieses Abkommen aus, aber es steht jetzt schon fest, dass es automatisch verlängert wird, da die Kündigungsfrist von 6 Monaten bereits verstrichen ist. Japan darf dann weiterhin Plutonium aufbereiten und Uran anreichern. Diese Privilegien sind normalerweise nur den Atommächten vorbehalten.

Japan hat gegenwärtig insgesamt 47t Plutonium, damit könnten 5800 Nagasaki-Atombomben produziert werden. Abgesehen davon befindet sich in abgebrannten Brennstäben in Abklingbecken der AKW-Anlagen Plutonium für weitere 24.000 Atombomben. Aus 8kg Plutonium kann eine Atombombe produziert werden.

Damit Japan aber das Versprechen gegenüber der internationalen Gemeinschaft einhalten kann, Plutonium nur für friedlichen Zweck zu nutzen, versucht es seit Jahrzehnten vergeblich einen sogenannten zukunftssträchtigen „Kernenergie-Kreislauf“ mit AKWs zu schaffen. Aus Wirtschaftlichkeit und Sicherheitsbedenken verwarfen die USA, England und auch Deutschland diesen Plan.

Zurzeit gibt es in Japan 40 Reaktoren, von denen 9 Reaktoren nach der Fukushima-Katastrophe wieder in Betrieb genommen wurden. (Stand 15. 06. 2018) Insgesamt haben 14 Reaktoren den Stresstest zur Wiederinbetriebnahme bestanden (Stand: 18.03.18) und es ist nur eine Frage der Zeit, wann die restlichen auch ans Netz gehen.

In Japan wird außerdem eine Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Brennstäbe in der Gemeinde Rokkashomura in der Präfektur Aomori gebaut. Der Bauabschluss ist für 2021 vorgesehen. Diese Anlage ist aber seit 20 Jahren im Bau und der Abschluss für 2021 ist auch fraglich.

Wenn sie aber fertig würde, würde Japan neben Plutonium, das durch AKWs erzeugt wurde und wird, zusätzlich ca. 8t Plutonium in einem Jahr erzeugen. Es wurden bisher abgebrannte Brennelemente zwecks Wiederaufbereitung in der Gemeinde Rokkashomura gelagert. Aber wenn man den ultimativen

Kernenergie-Kreislauf nicht schafft, müsste der Atommüll an die jeweiligen AKW-Betriebe zurücktransportiert werden. Dort würden dann Lagerkapazitäten schnell erschöpft sein. Also bleibt Japan im Moment nichts anderes übrig, als am „ultimativen Plan“ weiter festzuhalten, um der Welt zu zeigen, dass Japan keine Ambition hat, Atommacht zu werden.

Übrigens, am 24. Juni fand eine Bürgermeisterwahl in Rokkashomura statt. Als Sieger ging der Altbürgermeister Mamoru Toda, der den Bau von Kernenergie-Kreislauf-Anlagen befürwortete, hervor. Mit den Parolen „Gemeindeförderung durch Energieindustrie“ hatte er alle 18 Kommunalparlamentsmitglieder auf seiner Seite und hatte sich mit 5021 zu 323 Stimmen gegen die Gegenkandidatin Frau Junko Endo, eine Ärztin, behauptet.

*Wahlbeteiligung: 62.28%

Was das Misstrauen der Welt gegenüber Japan verstärkt ist, dass Japan immerhin die Technologie für den Bau von Kernwaffen besitzt. Ferner ist Japan ebenso im Stande, Raketen zu bauen, was bedeutet, dass Japan Raketen mit atomaren Sprengköpfen ebenfalls bauen könnte.

Die japanische Regierung unter Premier Abe war in den letzten Jahren sehr fleißig. So wurde am 28. März 2016 das kollektive Selbstverteidigungsrecht und dessen Ausübung durch Neuinterpretation der Verfassung als rechtmäßig und nicht verfassungswidrig erklärt. D.h. wenn eine Nation, mit der Japan eine enge Beziehung pflegt, sprich die USA, angegriffen wird, darf Japan seine bewaffneten Verteidigungstreitkräfte entsenden. Das Geheimabkommen von seinem Großonkel Sato wurde somit legalisiert.

Am 3. Juli wurde der revidierte Energie- Masterplan der Regierung bekanntgegeben. Demnach soll der Anteil der erneuerbaren Energie bis 2030 auf 22 bis 24% erhöht und bis 2050 zur Basisenergie werden. Gleichzeitig

soll der Atomstromanteil bis 2030 20 bis 22% betragen. Was Plutonium angeht, so würde man die Menge reduzieren, heißt es, aber wie hat man nicht gesagt.

Will Japan tatsächlich nur wegen der Energieversorgung auf AKWs nicht verzichten? Oder steckt dahinter der Gedanke, doch das Potential zu einer Atommacht zu behalten? Die gespannten geopolitischen Gegebenheiten in Ostasien lassen den Verdacht aufkommen.

Wie dem auch sei, gäbe es einen Ausweg für Japan, den Verdacht restlos aus dem Wege zu räumen. Das wären erstens; die Aufkündigung des Japanisch-Amerikanischen Sicherheits- und Atomabkommens. Dann dürfte Japan kein Plutonium wiederaufbereiten und die USA dürfen auch nicht Kernwaffen nach Japan bringen.

zweitens; Ausstieg aus dem Atomstrom und Ausbau von erneuerbarer Energie. Dann würde Japan überhaupt nicht mehr Plutonium produzieren. Japan hat es nach dem Fukushima-Desaster immerhin geschafft, zwei Jahre lang ohne Atomstrom auszukommen.

Das könnten Lösungsansätze sein, und Japan könnte an Glaubwürdigkeit bei Atom-Gegnern und in der Welt gewinnen. Japan ist nicht nur wegen Hiroshima, Nagasaki und Fukushima, sondern auch als Initiator für „mayer for peace“ moralisch verpflichtet, sich für die Ächtung von Atomwaffen und den Ausstieg aus der Kernenergie einzusetzen.

Deutsch-Japanische Gesellschaft Dortmund

Vorsitzende

Yoko Schlütermann